

Berliner Tageblatt



Nr. 46

und Handels-Zeitung

Chief-Redaktion: Scheiber-Moll in Berlin.
Druck und Verlag von Muboli-Molle in Berlin.

Die versuchte Abschneürung des Ruhrgebiets.

Die Zolllinie noch nicht geschlossen.

Verkehrsverstopfung. — Eisenbahnunfälle.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 27. Januar.

Obwohl die Franzosen erklären, daß in der vergangenen Nacht die Zolllinie in Kraft treten würde, konnten doch sämtliche Güter- und Personenzüge unbehindert verkehren. Es gingen gestern im ganzen 14 500 Wagen mit Kohlen und fast 4000 mit anderen Gütern ab. Heute ist ein Bedarf von 15 700 und 3000 Wagen gemeldet. Zur Verhinderung stehen zur Zeit nur 9800, die von den Franzosen gesteuert für Militärtransporte selbst in Betrieb genommen sind. Zwei Teilstrecken, Düsseldorf-Dorchester und Düsseldorf-Eisen-Stadtwaal sind bereits verstopft. Zwei Eisenbahnunfälle haben sich hier ereignet, es liefen im Rheingebiet aufeinander auf. Die bedeutendste Tatsache, die heute im Verkehrswesen zu verzeichnen ist, ist die **Abschneürung einiger linksrheinischer Bahnhöfe** von großer Bedeutung, nachdem die deutschen Eisenbahnen die Arbeit niedergelegt haben, und zwar steht der Betrieb still in Heilbrunn, in Friedersheim, einem großen Verladebahnhof, in Cleve und in München-Gladbach, alles Bahnhöfe, durch die französische Truppenmassen nach dem Ruhrgebiet erfolgen sollen.

Die aus dem Ruhrgebiet bisher vorliegenden Meldungen lassen erkennen, daß die Franzosen bisher noch keine Eingriffe in den Eisenbahnbetrieb in der Weise unternommen haben, daß etwa Züge von dem besetzten Gebiet in das un-

besetzte an den Stellen, an denen die Zolllinie errichtet werden soll, angehalten worden sind. Bisher ist lediglich die Umgruppierung des Militärs festgestellt worden. Auch sind von den Franzosen bisher noch keine Maßnahmen zolltechnischer Art erfolgt. Die französischen Zollbeamten halten sich noch zum größten Teil in Düsseldorf auf. Von französischer Seite ist bisher immer der 31. Januar als der **Beginn des Inkrafttretens der Zolllinie** angegeben worden. Den Handelskammern von Düsseldorf und Dortmund ist von den Franzosen mitgeteilt worden, daß die Errichtung einer Zollgrenze erfolgen solle, und daß ein enges Zusammenarbeiten der Handelskammern mit den französischen Stellen erforderlich sei. Selbstverständlich ist den Franzosen von den kaufmännischen Vertretungen die entsprechende Antwort darauf erteilt worden. Ueber die Maßnahmen von deutscher Seite die im Falle der Errichtung einer Zolllinie ergriffen werden, läßt sich naturgemäß Näheres nicht sagen. Sie werden sich jedoch insbesondere in zwei Richtungen bewegen müssen. Einmal werden die entsprechenden Regierungsmaßnahmen notwendig sein und zum anderen werden die deutschen Firmen selbst im Zusammenwirken mit den Handelskammern die erforderlichen Schritte tun. Was im Augenblick von französischer Seite (sachlich immerhin durchführbar und möglich erscheint, ist die militärische Blockade des Ruhrgebiets. Unter der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets herrscht **große Erregung**, da von den Franzosen Aufstände im großen Umfang vorgenommen werden, wobei diese nicht etwa Lohnzusagen für die Arbeiter, sondern Artikel des täglichen Bedarfs.

Deutschland, halt' aus!

Von unserem Pariser Korrespondenten

Paul Block.

Paris, 22. Januar.

Zehn Tage sind vergangen, seit die französischen und belgischen Truppen in die Ruhr einrückten. Damals war der Jubel groß. Das Wort von der „unsichtbaren Befehlsung“ wurde erfunden, die Bereitwilligkeit der Bekehrten zur Weiterarbeit in Aussicht gestellt, das Verhältnis der Soldaten zur Bevölkerung als ein Idyll geschildert. Heute ist die Befehlsung so sichtbar, daß amerikanische und englische Berichtserstatter die „Befehlstruppe“ der Ingenieure auf 120 000 bis 200 000 Mann schätzen; deutsche Bürger und Beamte sind mitten im Frieden verhaftet worden, weil sie den Befehlen französischer Generale nicht gehorchen wollten; die Arbeiter der Kohlengruben und Eisenbahnen haben den Streik beschlossen. Das Idyll ist aus. Deutschland muß sich beugen! steht heute als Leberdrüß über einem Duhnd von Verrätern und der Jubel spricht nirgends mehr von fröhlicher Zukunft, sondern überall nur von Erbitterung und Enttäuschung. Mit Drohungen und mit Lockungen wird versucht, dem deutschen Volke zu beweisen, daß es das Opfer der Löhnen, Steuern und Krupp sei — als ob es in Frankreich hinter den Kulissen der Ruhroperation sein Comité des Forges gäbe! — und mit düsteren Farben wird das Gland ausgemalt, in das der „Tropf der Regierung Cuno“ das Land bringen müßte. Deutschland wird hungern und frieren, und die Mark wird gänzlich untergehen. Kein Volk der Welt wird fernher noch Beziehungen zu dem verenteten Deutschland haben wollen, das in Revolution und moralischer Zerrüttung sich selbst vernichtet hat, wenn es sich nicht von dem großmütigen Frankreich erretten lassen will. Freundliche Vermittler nahen von allen Seiten, die ihre guten Dienste anbieten und von den Deutschen im Ausland verlangen, daß sie den Landsleuten in der Heimat gut zureden sollen. Deutschland muß sich beugen, oder wenigstens nachgeben, oder doch im äußersten Falle den Pfandforderungen der französischen Regierung nicht widerstreben, dann könne noch alles sich ausgleichen und die Zeit würde alle Wunden heilen.

Darauf kann es nur eine Antwort geben, die Mahnung: **„Deutschland, halt' aus!“** und die Deutschen im Ausland müssen diesen Mahnruf noch lauter wiederholen als die Leute in der Heimat, damit kein Zweifel darüber bestehen kann, daß in dieser Zeit alle Deutschen einig sind. Als es im Kriege den Franzosen schlecht ging, haben sie die Zähne zusammengebissen und ausgehalten, und jeden, der zum Nachgeben rief, als Schläppmacher und Vaterlandsverräter verfolgt. Und heute verlangen sie von dem deutschen Volk, was sie selbst im gleichen Falle mit Verachtung von sich weisen würden? Gerade die Franzosen müßten begreifen, daß dies Verlangen unsittlich und unmoralisch ist. Es ist aber auch unsachlich, und das beginnt man in Frankreich allmählich zu merken. Heute gibt es schon manchen Politiker, der Clemenceaus Wort verachtet: „Ich fürchte die Ruhr.“

Das Deutschland zu erwarten hat, wenn die Arbeit auf weisfälliger Erde gehemmt und deutsches Land vom Reich zeitweise abgetrennt wird, das wissen wir besser, als es die französischen Zeitungen zu schildern vermögen. Es wird frieren und hungern müssen, wie es in den letzten Jahren des Krieges gehungert und gefroren hat. Es wird vielleicht mit Unruhen und Kämpfen rechnen müssen, wie sie unser armes Volk von 1918 bis 1919 erlebte. Möglich, daß unser Gland noch größer wird und unsere Hoffnung auf die Gerechtigkeit noch geringer. Aber alles, was uns geschieht, wird keine Rückwirkung auf die Nachbarn Frankreich und Belgien haben und der Vorteil, den sie im Augenblick zu begehnen glauben, wird sich bald in deutschen Schaden vermandeln; denn sie haben noch etwas zu verlieren, während uns nicht viel mehr genommen werden kann, als bis jetzt schon genommen ist. Wir sind verloren, wenn wir uns beugen“ hat der deutsche Außenminister dem Leiter dieser Zeitung mit tiefem Ernst gesagt. Aber wenn wir aushalten, wie wir früher schon ausgehalten haben, können wir wenigstens das erhoffen: daß wir nach dem Schiffbruch der Gewaltpolitik in Freiheit weiter arbeiten dürfen, um unsere Schulden zu bezahlen.

Was aber haben die anderen zu hoffen? Jede Prophezeiung vom deutschen Standpunkt aus soll vermieden werden. Die Lage sei so geschildert, wie sie sich heute in französischen Betrachtungen darstellt. André Tardieu sagt, daß es sich jetzt um einen Kampf für das Dasein handle, und daß es nötig sei, das französische Volk über diese Notwendigkeit aufzuklären. Wir haben uns seit sechs Wochen oft getäuscht. Wir haben uns über die Haltung Bonar-Laws getäuscht. Wir haben uns über den Plan für die Ruhrbefehlsung getäuscht und die ärgerliche Geschichte von der „unsichtbaren Befehlsung“ hat eine fundamentale Unkenntnis der deutschen Psychologie bewiesen. Wir haben uns über die Wirkung unseres Vorgehens auf den Willen Deutschlands und über die Haltung der Rubenbesitzer getäuscht. Wahrscheinlich haben wir uns auch über die Dauer des Widerstandes in der Arbeiterschaft getäuscht. Seit zwei Jahren wird von dieser Aktion gesprochen, und wir sind nicht darauf vorbereitet, sie ohne ernannte Gegenwirkungen durchzuführen. Tardieu, der sich vor einigen Wochen gegen die Befehlsung erklärte, glaubt jetzt, daß die Unternehmung durchgeführt werden müsse, aber nach anderer Methode. „Sont il est une échelle für Frankreich.“ An welche Methode er denkt, sagt er nicht. Ein französischer Wirtschafts-Kenner nennt den Versuch, die gewaltige Organisation des

Das französische „Meisterwert“ im Ruhrgebiet.

Der Bericht des Ministers Le Troquer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 27. Januar.

Der Minister Le Troquer ist heute morgen wieder in Paris eingetroffen und hat sich direkt vom Bahnhof nach dem Ministerium des Auswärtigen begeben, wo die tägliche Konferenz über die Ruhr-Expedition unter dem Vorsitz Poincarés bereits begonnen hatte. Le Troquer hat einen ausführlichen Bericht über seine Eindrücke im Rheinlande und in Westfalen vorgetragen und eine Anzahl von Maßnahmen aufgezählt, die bei einer dauernden Besetzung des Ruhrgebietes nötig wären. Der Minister hat, im Widerspruch zu den Angaben der Morgenblätter, erklärt, daß die Zusammenarbeit zwischen der französischen Militärgewalt und den französischen Zivilbeamten, ebenso zwischen Franzosen, Belgiern und Italienern ausgesprochen und ohne Störung funktionieren. Der General Degoutte habe ihm diese Versicherung wiederholt gegeben. Die erste Organisation ist mit einer Genauigkeit und einer Ueberlegung geschaffen worden, welche den General Wegand zu dem Urteil veranlaßt hat: **„Hier sind Meister am Werke.“** (1) Die Schwierigkeiten gehen nur von den deutschen Beamten, von Eisenbahnern, Telegraphen- und Telephonisten aus, die zwar ohne Enthusiasmus, aber doch mit Festigkeit den Befehlen der Reichsregierung gehorchen. Die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit bleibe ruhig, obgleich das Einrückten der Truppen in den Zeitungen vorher angezeigt worden war, hätten er, Le Troquer, und der General Wegand in Automobilen durch die Straßen von Offen fahren können, ohne daß ein feindseliges Auf zu hören war. Die Bevölkerung scheine nur etwas unruhig zu sein, weil sie aus dem Eintreffen des Ministers und des Generals die Folgerung zog, daß die Befehlsung länger ausgedehnt werden sollte. Die Arbeiter scheinen nicht die Absicht zu haben, zu streiken. Der Ministerpräsident hat den Minister, über seine Beobachtungen einen schriftlichen Bericht vorzulegen, was im Laufe des Tages geschehen soll. So aber sieht die Lage im Ruhrgebiet nach der amtlichen Darstellung des Ministers aus, der für die technischen Vorbereitungen die Verantwortung trägt. Sie weicht nicht nur von den Berichten der deutschen Zeitungen, sondern auch von den Kommentaren der französischen Presse erheblich ab; wenn der verantwortliche Minister nicht Le Troquer hieße, könnte er Botemfin heißen.

Die Rundgebungen bei der Rückkehr Löhffens sind nach dem heutigen Leitartikel des „Temps“ nicht spontane Reaktionen des Volksempfindens gewesen, sondern von Berlin aus anbefohlen worden. „Die Leiter der deutschen Regierung wollen den französischen Truppen das Leben unträglich machen“, sagt das Blatt. „Sie wollen den Krieg gegen Frankreich vorbereiten (1), aber den Anschein erwecken, daß Frankreich die Feindseligkeiten begonnen habe. Die alte Methode der Eimer Drecke wird auf neue verfaßt.“ Ein ähnlicher Gebankengang findet sich auch im „Journal des Débats“, wird aber in einer Art ergänzt, die den Intentionen des Einbläser wohlweislich nicht entspricht. Das Blatt sagt: „Obgleich also das Reich verführt, Zwischenfälle zu schaffen, müssen wir ruhig bleiben. Wir dürfen unter keinen Umständen zurück weichen. Jedes Attentat gegen unsere Soldaten müssen wir mit äußerster Strenge betreffen.“ Der „Temps“ glaubt, die sogenannten Volkskundgebungen seien eine Technik des Angriffs, während die Rede des Reichsfinanzministers im Reichstag der Abwehr gebietet habe. Gernies habe erklärt, daß die Reparationszahlungen in dem Budget von 1923 nicht aufgenommen seien, weil Deutschland einen vollständigen Zahlungsabstufung ermartet habe. Das bedeute also, daß das Reich glaubt, von der Verpflichtung zur Zahlung entbunden zu sein, weil es nicht zahlen wolle. „Wenn dieser Rechtsgrundlagen anerkannt wird, dann werden wenige Leute ihre Schulden bezahlen.“ sagt der „Temps“. Die Haltung Deutschlands verlangt vor allem militärische Maßnahmen, die von einem Oberhaupt organisiert werden müssen, dem auch die anderen Reichszweige des Ruhrgebiets

zu unterstellen seien. Der „Temps“ schlägt für diesen Posten nicht, wie heute morgen gesagt, General Wegand, sondern den jetzigen Oberkommandierenden General Degoutte vor. Auch über die militärischen Maßnahmen ist das „Journal des Débats“ anderer Meinung. Zunächst dürfe nichts geschehen, was wie Sanktionen aussieht, ehe auf Antrag der Reparationskommission die Hauptbedingungen in dem Vertrag von Versailles vorgezeichneten Zwangsmaßnahmen bestimmt werden. Das Blatt sagt: „Eingeführte Personen behaupten, wir könnten jetzt im Rheinland und an der Ruhr verfahren, wie zur Kriegszeit in Feindesland. Sie denken nicht daran, daß wir auf diese Art den Vertrag zerstören (gestört) haben, muß es heißen! Die Red., dessen Erfüllung wir verlangen, und Deutschland den Vorwand geben, den Vertrag als hinfallig zu erklären. Wir müssen der Welt zeigen, daß unsere Kraft nicht befristet und auf das Recht stehen will. Immer wieder muß gesagt werden, daß es unklug wäre, uns mit der Verwaltung des Ruhrgebietes zu belasten und Arbeiter und Angestellte zur Arbeit zu zwingen. Wir haben lediglich die Transporte zu überwachen. Gibt es Streik, dann wird dies weniger Kosten verursachen, als die Verpflegung der Bevölkerung und die Bezahlung der Arbeiter kosten würde.“

Englands „Neutralität“.

Die Beibehaltung der britischen Besatzung im Rheinland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 27. Januar.

Ueber den getriggen britischen Ministerrat ist keine offiziöse Mitteilung, auch nicht von Reuters, ausgegeben worden. Aus den Zeitungsberichten über den Ministerrat geht hervor, daß Lord Derby in dieser Sitzung einen Bericht über die Lage der britischen Truppen am Rhein erstattet hat. Ein Beschluß auf Zurückziehung der englischen Truppen vom Rhein ist nicht gefaßt worden. Die Mehrheit des Kabinetts scheint immer noch der Ansicht zu sein, daß die bis jetzt verfolgte Neutralität für England geboten bleibt.

Im „Daily Telegraph“ von heute früh findet sich eine Zusammenfassung der Argumente für und gegen die Abberufung der britischen Rheintruppen. Als Gründe, die gegen die Zurückziehung sprechen, werden folgende angeführt: Man dürfe nicht vergessen, daß die Anwesenheit der Engländer einen gewissen Einfluß auf die französische Politik ausüben könne. Ferner seien wichtige englische Handelsinteressen mit der ganzen Sache verbunden, besonders jetzt, wo ein Bureau für Ein- und Ausfuhrbewilligungen im besetzten Gebiet errichtet werden soll. Wenn England seine Truppen und seinen Delegierten aus der Rheinlandkommission zurückziehe, würden diejenigen Länder, welche die neue Rheinpolitik befolgen, über die ganze wirtschaftliche Macht im besetzten Gebiet verfügen.

Amerikas Zurückhaltung.

New-York, 26. Januar. (E. E.)

Das amerikanische Kabinett hielt heute zum ersten Male seit der Erkrankung des Präsidenten Harding eine Sitzung ab. Es beschäftigte sich ausschließlich mit der Lage in Europa und mit den Kritiken, denen die Regierung im Senat antworten soll, weil sie in der europäischen Frage keine Vermittlung unternommen hat. Der Ministerrat nahm die Berichte der verschiedenen amerikanischen Botschafter in Europa zur Kenntnis, die alle darauf hinstaunen, daß sowohl Frankreich als auch Deutschland im Augenblick unmaghebzig seien. Infolge dessen erklärt dem amerikanischen Kabinett ein Vermittlungsbericht aussichtslos und sogar gefährlich. Die Resolution des Senators Robinson, die fordert, daß Amerika sich in der Reparationskommission offiziell vertreten lassen, wurde heute vom Senat in Beratung genommen, ein entgeltlicher Beschluß darüber aber noch nicht gefaßt.